

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
10 / 2003

An den Grenzen des Lebens

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2002
- MUSICA PRO PACE 2002
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress



Wolfgang Eichwede, Bremen

Europa sieht Deutschland: Russlands Erwartungen nach 1989 – erfüllt oder enttäuscht?

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit am
3. Oktober 2002 im Rathaus der Stadt, in Kooperation
mit dem Deutsch-Russischen Forum e.V., Berlin

Dreizehn Jahre nach der Vereinigung und elf Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion spricht der russische Präsident *Wladimir Putin* von der Notwendigkeit, seinem Land einen ›russischen Weg‹ zu weisen. Gleichzeitig spricht der deutsche Bundeskanzler von der Notwendigkeit, seinem Land einen ›deutschen Weg‹ zu weisen. ›Russischer‹ und ›deutscher‹ Weg – sind das die passenden Voraussetzungen, um sich in dieser Welt und im neuen Europa zurechtzufinden?

Die Erwartungen, die beide Seiten vor 12 Jahren wechselseitig aneinander und an sich selbst richteten, waren außerordentlich groß, wohl *zu* groß. Während dieser Jahre waren beide Länder, Russland und Deutschland, stark mit sich selbst beschäftigt. Das Zusammentreffen zu hoher Erwartungen mit einer starken Beanspruchung großer eigener Kräfte kennzeichnet das Problematische in den Beziehungen beider Länder wie auch die Lage in diesen Ländern selbst. Beide Länder sind in diese Epoche mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen eingetreten. Deutschland hat sich vereinigt und wurde größer; die Sowjetunion brach zusammen und wurde kleiner.

Dabei ist Russland mit einer Fläche von 17 Millionen Quadratkilometern noch immer groß. Deutschland umfasst 357.000 Quadratkilometer, Russland ist also auch in seiner heutigen Gestalt noch fast 50 mal größer als die vereinigte Bundesrepublik. Dieses Bild relativiert sich, berücksichtigt man die Bevölkerungszahl oder die Anzahl der Einwohner je Quadratkilometer: in Russland sind es neun, bei uns sind es 228.

Die gegenseitige Wahrnehmung zu Beginn dieser Epoche der Veränderung, war sehr unterschiedlich. Als ich Anfang der 90er Jahre in Moskau gemeinsam mit französischen und britischen Kollegen an einer Podiumsdiskussion teilnahm, waren die russischen Gesprächspartner noch tief betrübt darüber, dass ihre Grenzen auf Linien zurückverlegt worden waren, die das alte Russland im 17. Jahrhundert gehabt hatte. Zwar spricht einiges dafür, dass Russ-

land dieses inzwischen auch positiv wendet, aber so etwas muss natürlich verarbeitet werden. Damals litten die russischen Kollegen sehr darunter, und ein französischer Kollege versuchte, sie mit den Worten zu trösten: »Schauen Sie, Sie haben ein Weltreich verloren, aber dafür die Freundschaft Frankreichs gewonnen; das ist doch ein guter Tausch.« Auch der anwesende englische Botschafter versuchte, den russischen Gesprächspartnern deutlich zu machen, dass in den vergangenen zwei Generationen England sein Weltreich verloren habe und in seiner inneren Verfassung gestärkt daraus hervorgegangen sei.

Für Russland ist das Problem indessen sehr viel größer. Mehr als nur der – aus russischer Perspektive – territoriale Verlust und damit der Verlust anderer Völker, die man zum eigenen Reich gezählt hatte, war zu verkraften. Auch ein fundamentaler Umbau der gesamten politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Struktur muss bewältigt werden. Das war bei England, als es sein Weltreich aufgeben musste, so nicht der Fall.

Russland muss sich in diesem Umbruch, also mit dem Ende seines Imperiums, innerlich völlig neu konstruieren und völlig neu bauen – eine sich in dieser Weise geschichtlich selten stellende Herausforderung. Um die Erwartungen und die Möglichkeiten zu verdeutlichen, die in diesem Land und in seiner Beziehung zu Deutschland bestehen, ist an den Kontext des Umbruchs der später 80er und frühen 90er Jahre zu erinnern, und hierin liegt etwas wirklich Einmaliges in der Weltgeschichte und der europäischen Geschichte: Es bricht ein Weltreich, das so machtvoll und so waffenstarr war wie die Sowjetunion, alles in allem *friedlich* zusammen. Nach dem Ersten Weltkrieg erlebte Europa ein Umstülpen seiner Landkarte, nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab es wiederum eine Neuordnung, und am Ende der 1980er Jahre stand nun ein weiterer, diesmal friedlicher Umbruch.

Das ist eine bedeutende Botschaft, für das Land selbst aber mit großen Kosten verbunden. Dieser Umbruch in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern vollzog sich nicht, weil dort neue gesellschaftliche Kräfte nur darauf gewartet hätten, die Macht zu übernehmen. Anders als in der Französischen Revolution 200 Jahre zuvor stand kein ökonomisch erstarktes Bürgertum bereit, dass seine politischen Rechte eingeklagt hätte. Nicht aus einer Position der Stärke wurde hier ein revolutionärer Anspruch formuliert. Diese Systeme sind vielmehr zu einem hohen Grad an sich selbst, an ihrer Dysfunktionalität und ihren eigenen Blockaden zusammengebrochen. Das alte sowjetische System war vielleicht stark genug, eine Opposition im eigenen Lande niederzuhalten, aber nicht stark genug, sich selbst am Leben zu erhalten.

Zwar gab es die Dissidenten, die wichtige Schritte gemacht und große Arbeit geleistet hatten, aber es war keine mächtige soziale Kraft, keine Klasse, kein Wirtschaftspotential, das gegen das alte System gestanden hätte. Der Umbruch erwuchs aus der Schwäche des Systems. Das bedingte dessen friedlichen Verlauf mit und den Umstand, dass eine ganze Reihe von Kräften, die

davor und danach eine Rolle spielten, weiterhin agieren konnten und nicht »historisch ausgespielt« hatten. Manche Kader, die das alte System geprägt hatten, übernahmen auch im neuen Staat eine Rolle; aus einem Parteisekretär wurde z.B. ein Sparkassendirektor. Das mag ihm als guter Tausch erschienen sein, fraglich ist, ob er dafür qualifiziert war und ob er nicht weiterhin den Verhaltensmustern eines Parteisekretärs folgt. So konnte sich ein gutes Stück nicht nur der alten Institutionen, sondern auch der alten Mentalitäten erhalten. Mit anderen Worten: die Friedlichkeit hatte einen Preis, den Preis der Kontinuität.

Nun ist der Aufbau einer neuen Gesellschaft, die auf Markt und Eigentum gegründet ist, nirgends nach rein ästhetischen Gesichtspunkten sinnvoll zu beurteilen. Auch bei uns haben frühbürgerliche oder frühkapitalistische Phasen viel Ungerechtigkeit und Härte mit sich gebracht. Der Aufbau einer Gesellschaft, die an eine egalitäre Armut gewohnt war, sich aber nun auf Markt und Eigentum stützt, auf Konkurrenz und Leistung, auf zum Erfolg notwendige Gewinnprinzipien, wird neben Gewinnern auch Verlierer hervorbringen. Ein früherer Moskauer Bürgermeister verkündete im Wahlkampf, sein Land brauche eine politische Kultur, die 90% der Bevölkerung anerkennen lasse, dass es 10% besser gehen müsse, damit es in der nächsten Generation mit allen 100% bergauf gehe.

Derzeit ist in Russland und anderen Ländern des früheren sowjetischen Bereichs eine Doppelung zu beobachten: ein Nachwirken der Strukturen der alten Apparate einerseits und die Lasten im Aufbau einer neuen Gesellschaft andererseits, also gleichzeitig die Belastungen der alten und der neuen Gesellschaft. Dieses zu verkraften, bedeutet eine große Last, die Enttäuschungen, Verlufterfahrungen und ständige Zerreißproben mit sich bringt.

Die Ökonomen sind uneins darüber, wie tief dieses Land abgestürzt ist. Vielfach heißt es, von 1990 bis 2000 sei die Produktion auf etwa die Hälfte abgesunken. Ich glaube, das Produktionsniveau liegt bei etwa 60-70% der früheren Höhe, denn viele der produzierten Güter wurden nicht gemeldet und statistisch erfasst. Dennoch stand und steht dieses Land vor großen ökonomischen Schwierigkeiten. Vor dem Hintergrund vieler Rückschläge ist die leichte Stabilisierung der letzten 2–4 Jahre eigentlich ein überraschendes Faktum.

Während der 90er Jahre geriet das Land bei dem Versuch, nicht nur eine neue Gesellschaft, sondern auch einen neuen Staat zu bauen und der Gesellschaft eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, von einer Krise in die nächste. Unter Präsident Putin erleben wir nun den Versuch, dem Land wieder ein Mehr an Ordnung zu verschaffen. Die Widersprüche sollen entschärft werden, gewiss um den Preis einer stärkeren Lenkung der Öffentlichkeit. Während *Boris Jelzin* das Land regierte, indem er auf Konfrontation setzte, sich selbst als Vorkämpfer gegen die drohende Wiederkehr des Kommunismus darstellte und auf diese Weise immer wieder Geld und Stimmen

organisierte, um die Wahlen zu gewinnen, setzte Putin auf eine in mancher Hinsicht abenteuerlich zu nennende Linie der ›Versöhnung‹: In der tiefsten russischen Provinz bekam ich vor einiger Zeit eine Broschüre für allgemeine Geschichte in die Hand, in dem als große Vertreter Russlands nebeneinander *Lenin, Stalin, Sacharow, Gorbatschow* und Putin erscheinen. Alles wird unter dem Gesichtspunkt der Größe Russlands vereint: ein großer Versöhnungsversuch über die unversöhnlichen Gegensätze hinweg im Namen eines ›russischen Weges‹. Mit derartigen Szenarien versucht die gegenwärtige Führung, dem Land ein Mehr an Ordnung zu geben, und es gelingt ihr zunehmend, die ökonomischen Daten zu verbessern. Während der letzten drei Jahre haben Großstädte wie Moskau und Petersburg erstaunliche Wachstumsraten erzielt und erfolversprechende Konsolidierungsprozesse aufzuweisen. Überraschenderweise ist selbst die Steuerdisziplin verbessert, nachdem die Steuerquoten stark reduziert worden sind; Steuern werden jetzt zu mehr als 50% gezahlt.

Russland, so Putin, soll nicht nur in sich versöhnt werden und einen wirtschaftlichen Kurs der Erholung und der Steigerung nehmen. Es soll dabei vor allem um nahezu jeden Preis *zusammenbleiben*. Anlass für diese Beteuerung ist das Andauern des *Tschetschenien*-Konflikts, der auch das deutsche Verhältnis zu Russland beeinträchtigt. Wir wollen ja mit Russland näher zusammenkommen; gleichzeitig aber entfremdet uns der Krieg in Tschetschenien den Russen. Vielleicht ist unser Bedürfnis, dazu Position zu beziehen, vergleichbar mit unserem Verhältnis zu Frankreich während der 50er Jahre: Damals galt die Aussöhnung mit Frankreich als absolutes ›Muss‹ für jedermann, obgleich Frankreich Krieg gegen Algerien und Krieg in Indochina führte. Informiert durch die Lektüre französischer Schriftsteller, die die französische Algerien-Politik kritisierten, fand ich diese Kriege schrecklich, und die Forderung nach Aussöhnung mit einem Land, das solche Fehler machte und mit seiner kolonialen Vergangenheit und Gegenwart offenbar nur blutig umgehen konnte, erschien mir dementsprechend schwierig.

Wir hatten und haben allerdings keinen Grund, auf andere Länder herabzusehen. Die Deutschen sind mit ihren kolonialen Eroberungen nicht weniger blutig umgegangen. Schon dieser Vergleich impliziert eine Kritik an Russland, einem Land, das besonderen Widersprüchen unterliegt und auch von Putin nicht daraus befreit werden wird.

Betrachtet man die Erfahrungen Russlands im vergangenen Jahrhundert, so entsteht das Bild eines Landes, das eine blutige Revolution und eine blutige Zeit des Terrors erlebt hat – verbunden mit den Namen von Lenin und Stalin – und schließlich mit Gorbatschow einen Herrscher hatte, der die Geschichte des Landes in seiner bisherigen Form unblutig vollendete. Im Kontrast zu Stalin vermittelt Russland z.B. durch einen Mann wie den Dissidenten *Andreij Sacharow* aber auch andere Botschaften und erweist sich als Land großer Widersprüchlichkeit und mancher bitterer Erfahrungen. So hat das Land es

verstanden – das wird immer wieder übersehen –, sehr vieles hinzuzulernen, auch wenn die Widersprüche blieben. Wir sind in unseren Analysen immer noch schnell bei der Hand damit, Negativ-Entwicklungen in diesem Land als apokalyptische Szenarien darzustellen: Anfang der 90er Jahre: Bürgerkrieg; beim Abgang Michail Gorbatschows: große Skepsis gegenüber *Boris Jelzin*. Dann setzte man ganz auf Jelzin, fürchtete, mit *Schirinowski* kämen die Nationalisten zum Zuge. Man sprach von ›Nationalisierung‹ und ›Nationalismus‹ als ›Erbe des Kommunismus‹, der dieses Land überziehen und eine ganz neue Gefahr für Europa darstellen werde. Kein Vierteljahr später galt dann die Annahme, das Land werde in viele Teile zerbrechen und damit vollkommen unregierbar werden. All dies wurde unmittelbar nacheinander vorgetragen, oft von denselben Kommentatoren; aber eine Perspektive des Nationalismus und eine des Zerfalls schließen sich gegenseitig letztlich aus. Dann warnte man vor der Gefahr einer Rückkehr des Kommunismus an die Macht, ungeachtet der Tatsache, dass viele, die Veränderungen mit herbeiführten, Kommunisten waren, und übersehend, dass die größte Belastung des nach-sowjetischen Russlands nicht von den Kommunisten ausgegangen war, sondern von den Reformern, die den Tschetschenien-Krieg führten. Am Ende der Zeit Jelzins schien Putin als unakzeptabel, jetzt setzt man ganz auf ihn und sucht seine Freundschaft.

Die Analysen des Landes konzentrierten sich meist auf die Führungspersonen und übersahen, was im Land vor sich ging. Die gegebenen Ratschläge waren oft besserwisserisch und von wenig Sachkenntnis getragen. Russland sollte sich um jeden Preis ›liberalisieren‹, ohne dass die Bedingungen und Möglichkeiten einer Durchsetzung liberaler Politik je untersucht worden wären. Für zu vergebende Kredite wurde die Freigabe der Preise zur Bedingung gemacht, ohne zu berücksichtigen, dass dies unter Beibehaltung der Monopolstrukturen nicht zu vernünftigen Marktentwicklungen führen konnte. Trotzdem wurden viele dieser hilflosen Ratschläge befolgt. Nicht nur die Russen machten die falsche Politik, sondern auch die westlichen Berater: Nahezu alle Fehlentscheidungen der vergangenen zehn Jahre in Russland wurden im besten Einvernehmen mit den westlichen Beratern getroffen. Wären die westdeutsche Politik und die Vergabe amerikanischer Kredite in den 50er Jahren an die Befolgung von Ratschlägen des Internationalen Währungsfonds gebunden gewesen, so hätte es keinen ›Kanzler des Wirtschaftswunders‹ *Ludwig Erhard* gegeben, denn der hätte mit seinen Auffassungen in strikter Opposition zu dem gestanden, was von ihm verlangt worden wäre. In Deutschland bestand nach dem Krieg für lange Zeit noch die Preisbindung, insbesondere bei den Wohnungsmieten. Die Wirtschaftspolitik war von hoch kooperativen Strukturen geprägt, bevor sie nach und nach liberalisiert wurde.

Im Geiste eines wenig reflektierten Neoliberalismus haben wir Russland Untragbares zugemutet, gemessen an den Bedingungen dieses Landes. Im

Nachhinein ist dies deutlich geworden. Zu denen, die dies von Anfang an gesehen haben, gehört beispielsweise *Grigorij Javlinskij*, der Gründer und Vorsitzende der liberalen Jabloko-Partei. Die entstehenden Probleme waren also durchaus absehbar, und wenn wir über die negativen Entwicklungen in der Wirtschaftsstruktur dieses Landes richten, so richten wir auch über unsere Ratschläge. Zum Sog der Attraktivität aus dem Westen kamen der finanzielle Druck und die Auflagen hinzu.

Wenn die russische Wirtschaftsverfassung stabiler wäre, müssten wir nicht befürchten, die Riesenschulden aus der sowjetischen Zeit könnten niemals abgezahlt werden. Aus *deutscher* Sicht können wir uns über den Erfolg der deutschen Vereinigung freuen. Aus *sowjetischer* Sicht haben die Deutschen die Vereinigung ihres Landes sehr günstig bekommen. Für die Russen stellt sich im Nachhinein die bittere Frage, ob nicht die Streichung der sowjetischen Altschulden hätte ebenfalls vereinbart werden können. Weit über die Hälfte der Schulden, die das neue Russland beim Aufbau seiner Gesellschaft zu tragen hat – von der wir wollen, dass sie aufgebaut wird –, sind Erblasten, sind Schulden aus der sowjetischen Zeit. Hätten die Russen damals härter verhandeln können? Das ist zweifelhaft, denn 1989 war Osteuropa in Bewegung, und Gorbatschow hatte nicht mehr viel Spielraum. Die entscheidenden Schritte wurden in jener Zeit nicht in den Kabinetten gemacht, sondern auf den Straßen, z.B. bei den Leipziger ›Montagsdemonstrationen‹. Die Politiker hatten nachzuvollziehen, was sich unter der Bevölkerung tat.

Jedenfalls bedeuteten die Bedingungen, unter denen die westliche Politik in die Beziehungen mit dem post-sowjetischen Russland ging, eine außerordentliche und schwere Hypothek. Der mit 55 Jahren relativ junge Gorbatschow hatte den – auch im Denken – viel älteren *Honecker* das erste Mal ausführlicher Ende 1986 getroffen. Honecker hielt dabei eine Art Vorlesung zum ›ABC des Kommunismus‹ für den Generalsekretär der KPdSU. Gorbatschow verließ das Gespräch mit folgender Bemerkung an seinen Assistenten: »Wenn der mal in Schwierigkeiten kommt – dem helf' ich nicht!«

Als ich 1987 im Hotel der Akademie der Wissenschaften in Moskau wohnte und mit einem sowjetischen Kollegen und einem aus der DDR frühstückte, meinte der DDR-Kollege ein wenig neidisch auf Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion: »Wenn das bei uns passierte, kämen die sowjetischen Panzer.« Der sowjetische Kollege fragte erwidern: »Lieber Freund, auf welcher Seite würden Sie uns denn erwarten?«

Im Herbst 1988, gut ein Jahr *vor* dem Mauerfall, nahm ich in Moskau an einer Diskussion teil, bei der alle Politikinstiute des Landes vertreten waren. Das überraschende Thema war: *Die deutsche Vereinigung*. Ein Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR ging in Russland kein Politikinstitut, keiner der Berater Gorbatschows noch davon aus, dass dieser Staat sich halten würde. Alle sagten: »Die Vereinigung Deutschlands wird kommen, und je früher sie

kommt, umso wahrscheinlicher ist es, dass die DDR darin ein Stückchen überlebt. Je später sie kommt, umso stärker wird die DDR von der BRD aufgefangen werden müssen; wir schaffen das nicht.«

Vielleicht hatten sie auch gar nicht diese Absicht. Denn wenn die Russen davon ausgingen, dass alle sozialistischen Staaten zusammenbrechen würden und sie die Vereinigung Deutschlands ermöglichten, dann würde auf dieser neuen Grundlage ein engeres deutsch-russisches Zusammenspiel möglich werden.



Es war also auch eine Hoffnung damit verbunden, witzigerweise von der Armee vorgetragen. Die russische Seite gestattete es, den deutschen Botschafter und deutsche Politiker über die Veranstaltung zu informieren, aber kaum jemand konnte meine Schilderung glauben. Einer der Teilnehmer sagte darauf: »Ein vereinigt Deutschland, zumal im amerikanischen Einflussbereich, macht mir Sorgen. Aber Deutsche, die die Vereinigung nicht wollen, verstehe ich nicht, sie sind mir unheimlich.«

Das zeigt das schwierige Verhältnis zueinander, das Russland und Deutschland nach wie vor haben. Keine zwei anderen Völker in Europa, die sich einerseits so nah und einander seelenverwandt definieren, taten einander andererseits so weh wie Russen und Deutsche im vergangenen Jahrhundert. In dieser Gleichzeitigkeit von Nähe und Ferne, von Verwandtschaft und zugefügtem Schmerz, liegt eine Besonderheit im Verhältnis beider Länder begründet. Bis heute betrachtet uns ein Großteil zumal der älteren Generation in Russland vor dem Hintergrund des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion im Jahr 1941, während auf deutscher Seite wiederum insbesondere die ältere Generation Russland durch die Brille des Jahres 1945 sieht, also von der Kriegsniederlage, der Besatzung und der Annexionspolitik her; der Krieg war aus russischer wie aus deutscher Sicht wirklich ein gänzlich anderer.

Die gemeinsame Geschichte ist aus diesen geschichtlichen Bezügen nicht zu lösen. Sie ist auf russischer Seite auch mit Stolz verbunden, wie eine Umfrage zeigte, die im Jahr 2000 in der früheren Sowjetunion und in Russland nach dem »bedeutendsten Ereignis im 20. Jahrhundert« fragte. Einheitlich nannten über 75% der Bevölkerung aller Generationen und Berufsschichten, Frauen und Männer den 9. Mai 1945, das Datum der Befreiung vom Faschismus und des Endes des Zweiten Weltkriegs. Von diesem Stück Geschichte löst man

sich in Russland nicht so einfach; die sowjetische Diktatur ist verbunden mit Niederlagen und Opfern, aber auch mit dem Sieg in diesem Krieg.

Im anschließenden, großen Bogenschlag der Geschichte spielt Gorbatschow aus russischer wie deutscher Sicht eine sehr große Rolle. Er verkörpert für die Deutschen auch ein älteres Russlandbild und hat uns damit ein gutes Stück von unserem Russland-Komplex befreit. Diese Veränderung ist Teil unseres Mentalitätswandels nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesrepublik vollzog in diesen Jahren nach dem Krieg eine konsequente Westwendung; vermutlich nach der Reformation eine der fundamentalsten Veränderungen in der deutschen Geschichte überhaupt. Gleichzeitig verschärfte sich das deutsche Feindbild-Denken gegenüber dem Osten. Es gelang, dieses Feindbild in zwei Stufen: mit der Entspannungspolitik und durch Gorbatschow, abzubauen. Ein Stück des ›russischen Weges‹ aus den Diktaturen war auch ein Stück unseres Weges aus der Blockade unseres Denkens.

Angesichts der hochfliegenden Ziele und Erwartungen ist es alles in allem erklärungsbedürftig, dass die 90er Jahre nicht noch tiefer von der großen politischen Veränderung geprägt worden sind. Die Voraussetzungen schienen günstig: ein historisches, friedliches Ereignis, die Vereinigung Deutschlands von Osten her ermöglicht, wegbrechende Blöcke, ein neues Europa. Aber es gab erhebliche Schwierigkeiten, diese Impulse aufrechtzuerhalten, denn beide Länder waren, wie gesagt, stark mit sich selbst beschäftigt. Auch dort, wo gemeinsames Handeln möglich war, wie z.B. beim Thema ›Beutekunst‹, blieb man häufig hinter den Entwürfen zurück. Man hatte sich über eine neue politische Geographie in Europa geeinigt, über neue Grenzen und Zugehörigkeiten; man veränderte die Landkarte von Grund auf. Aber man konnte sich nicht über einen Platz für *Albrecht Dürer* einigen. Daraus ist zu schließen: Entweder sind unsere Politiker so kunstbegeistert, dass sie Albrecht Dürer höher schätzen als die politische Macht, oder es fehlt beiden Seiten an Fantasie.

Wäre Herr *Jawlinskij* jetzt hier, würde er mit harten Worten die deutsche Außenpolitik auf dem Balkan kritisieren. Immerhin hat Außenminister *Fischer* die russische Seite in letzter Minute in die Friedensbemühungen einbeziehen können. Etwas früher, intensiver und mutiger, wäre dies für den Balkan und für unsere Beziehung zu Russland wirkungsvoller gewesen. In Russland verlor die moralische Autorität des Westens durch die Bombardierung Serbiens ihre Unschuld. Umgekehrt büßte die neue russische Demokratie ihre Unschuld durch die Bombardierung des tschetschenischen Grosny ein; keine Diskussion in Moskau mit Freunden und Bürgerrechtlern, in der dieser Vergleich nicht herangezogen wird. Immer wieder wird gesagt, dass die Deutschen durch ihre Beteiligung am Krieg gegen Serbien sich selbst geschadet hätten. Allzu schnell seien wir Anfang der 90er Jahre bestrebt gewesen, ein ›normaler‹ Staat zu werden, obgleich die vor uns liegenden Aufgaben außer-

gewöhnlich waren. Die Deutschen dürften sich im Kreis der Mächte nicht auf eine Politik des *business as usual* reduzieren.

1945 hätte niemand die Vereinigung des westlichen Europa für möglich gehalten; damals begann etwas ›Unmögliches‹. Was in unseren Köpfen hindert uns eigentlich daran, heute mit diesem – immer noch schwierigen – Russland nach gemeinsamen Strukturen zu suchen? Ich sage das nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines ökonomischen Nutzens auf unserer Seite, der zweifellos groß wäre, sondern durchaus in der Gewissheit, dass auch in Russland der nötige *good will* noch verstärkt werden muss; es liegt nicht nur an uns, es liegt auch an der anderen Seite.

Mein *Appell* im Rahmen dieser Friedensgespräche geht also an beide Seiten: Europa würde ohne Russland nicht nur als abstrakter Weltakteur, sondern in der realen historischen Bedeutung ein gutes Stück an Größe verlieren. Hunderte von jungen Leuten im Austausch, hier und dort, machen mehr Frieden als Soldaten in allen Teilen der Welt. Deshalb sollte man nicht nur auf höchster staatlicher Ebene ›gut Wetter‹ machen, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen kooperieren, wie es z.B. das *Deutsch-Russische Forum* mit den Städtepartnerschaften entwickelt und unterstützt.

Will man Russland und Deutschland im 21. Jahrhundert einander näher bringen, so muss man bereit sein, das heute unmöglich Scheinende zu denken. Wird dies jetzt nicht gefördert, so wird es bald dringend notwendig werden. Würden wir diese Notwendigkeit nicht wahrnehmen, liefen wir Gefahr, neue historische Fehler zu begehen.

Mit dem ›russischen Weg‹, der in Russland eine größere Popularität hat als ein ›deutscher Weg‹ bei uns, zeigt sich eine Grundkonstante: Viele in Russland, die sich mit dem ›russischen Weg‹ identifizieren, leiden darunter, sich einerseits nach Europa hingezogen zu fühlen und andererseits ihr Land hinter dem Westen zurückbleiben zu sehen. Aus dieser Mischung kommt die Suche nach dem Besonderen, wie es sich z.B. auf überraschende Weise in einer öffentlichen Konjunktur eines bestimmten russischen Vokabulars zeigt – Worte, die auf besondere russische Eigenheiten Bezug nehmen, die bei uns als volkstümlich und ›deutschtümelnd‹ verstanden würden, suchten wir ähnliche Begriffe. Untersuchungen zeigen aber auch, dass das Verständnis dieser Begriffe sich dabei verändert. Die Karriere bestimmter ›volkstümelnder‹ Begriffe geht mit deren inhaltlicher Verwestlichung und Materialisierung einher. Selbst der ›Nationaltick‹ Präsident Putins könnte eine Art Trojanisches Pferd sein, das seinem Land unversehens eine eher westliche Orientierung beschert. Bis vor wenigen Jahren war der viel propagierte ›russische Weg‹ auch durch eine Gegnerschaft gegen Markt, privates Kapitaleigentum und westlichen Individualismus charakterisiert. Putin aber tritt *für* Markt, Eigentum und Individualismus ein *und* für den ›russischen Weg‹. Seiner öffentlichen Kritik an manchen westlichen Werten steht deren gleichzeitige ökonomische Etab-

lierung in Russland gegenüber. Es bleibt spannend, den Ausgang dieses widersprüchlichen ›Unterwanderungsprozesses‹ weiter zu verfolgen.

In Russland spricht man zwar manchmal von Rapallo, aber jeder politisch Interessierte ist froh, dass Deutschland sich heute im amerikanischen Machtbereich befindet und dass man in diesem Rahmen miteinander kooperieren kann. Es gibt keine ›deutsch-russische Option‹ mehr außerhalb der Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen. Bei aller Liebäugelei mit Deutschland misst sich Russland doch primär an den Vereinigten Staaten. In Russland ist man ganz froh, wenn Europa und Deutschland eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den USA zum Ausdruck bringen, aber man ist sich bewusst, diese beiden Seiten nicht gegeneinander ausspielen zu können. Deutschland gehört also zum Westen, und in diesem Rahmen gibt es große Erwartungen an Deutschland. Man ist leicht geneigt, die deutsche Kapitalkraft zu überschätzen. Umgekehrt tut man sich schwer, verlässliche Rechtsbedingungen im eigenen Land zu bieten, um deutsches Kapital anzuziehen.

Gegenüber dem westlichen Militärbündnis, der NATO, sind die russischen Erwartungen dagegen andere: Die russische Seite war in höchster Sorge für den Fall des Beitritts der baltischen Republiken zur NATO; dort leben viele Russen, die nicht die gleichen Rechte haben wie die Balten. Aus historischer Sicht ist das erklärbar, aus russischer Sicht aber ein Problem. Verschiedene Rechte, verschiedene historisch begründete Ansprüche, stehen gegeneinander.

Die NATO erlebte in den 90er Jahren mehrfach politische Wendungen, verfolgte dabei aber ihre Erweiterungspläne in Osteuropa. Russland war gegen diese Erweiterung, aber Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn wollten die NATO-Mitgliedschaft. Die Russen argumentierten historisch gegen ihren impliziten und expliziten Ausschluss aus dem Kreis möglicher Mitglieder, insbesondere gegenüber Deutschland. Inzwischen akzeptiert Russland die Entwicklung, nicht zuletzt, weil dort die NATO seit 1949 nie so unbedeutend war wie heute. Möglicherweise kommt angesichts der heutigen Bedeutungslosigkeit der NATO auch für Washington ein Beitritt Russlands irgendwann in Betracht. Das wäre eine Folge einerseits des 11. September, andererseits der vom Selbstbewusstsein geprägten amerikanischen Politik, auf die Bündnissysteme mit weniger Rücksicht zu agieren. Insofern erleben wir eine Auflösung der Nachkriegsstrukturen, nicht nur im Sinne eines verschwundenen Ostblocks, sondern auch einer Auflösung des Westens. Dem stehen allerdings die erfolgreiche Einführung des Euro und der Europäischen Verfassungs-Konvent gegenüber. Es gibt starke Strömungen für ein Mehr an politischer und ökonomischer Zusammenarbeit, aber die Interessen der westlichen Regierungen sind viel mehr in den eigenen staatlichen Kategorien definiert als in den Jahrzehnten nach 1945. Die Politik wird von Hauptstadt zu Hauptstadt gemacht, ohne die nach dem Krieg geschaffenen internationa-

len Koordinationsgremien. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, gegen die man etwas unternehmen muss.

Man sollte über neue Formen einer sehr viel intensiveren und engeren Kooperation nachdenken, als wir dies bisher getan haben.